

POSTULAT von Stefan Dollenmeier (EDU, Rüti), Rochus Burtscher (SVP, Dietikon) und Ruth Kleiber (EVP, Winterthur)

betreffend Wieder breiteres Fächerprofil für Primarlehrkräfte

Der Regierungsrat wird gebeten, sich dafür zu verwenden, dass zukünftigen Primarlehrkräften an den pädagogischen Hochschulen wieder ein breiteres Fächerprofil beigebracht wird, dass sie also nach Abschluss der Ausbildung über ein breiteres Spektrum an Unterrichtsbefähigungen verfügen.

Stefan Dollenmeier
Rochus Burtscher
Ruth Kleiber

42/2012

Begründung:

Ende Neunzigerjahre wurde das Fächerprofil für die Primarlehrerinnen- und Primarlehrerausbildung massiv eingeschränkt. So müssen zukünftige Lehrpersonen nur noch über die Unterrichtsbefähigung in Mathematik, Deutsch, Mensch und Umwelt und eine Fremdsprache sowie drei weitere Fächer verfügen. (Bei Quereinsteigern ist die Fremdsprache sogar freiwillig.)

In den Schuleinheiten wird es daher immer schwieriger, das «Puzzle» für die Stundenpläne zu bewerkstelligen. Die Vorschrift, dass an den Klassen nur eine beschränkte Zahl von Lehrpersonen unterrichten darf, und dass keine Lehrpersonen unter zehn Lektionen beschäftigt werden sollen, verschärft die Situation noch zusätzlich.

Eine Folge davon ist, dass Schulleitungen lieber ältere Lehrpersonen, die noch Generalisten sind, anstellen. Jüngere Lehrpersonen mit einem kleineren Fächerprofil werden bei der Stellensuche dadurch benachteiligt. Oder dann werden sie faktisch als Fachlehrer an mehreren Klassen eingesetzt, was disziplinarisch oft sehr schwierig wird.

Eine weitere Folge ist zuweilen auch, dass jüngere Lehrpersonen trotzdem für ein Fach verpflichtet werden, für welches sie nicht über die entsprechende Unterrichtsbefähigung verfügen. Dass das bewilligt werden kann, ist zwar für Schulleitungen praktisch, beeinträchtigt aber die Unterrichtsqualität in diesem Fach auf nicht zu verantwortende Weise.

Wenn also die Lehrpersonen wieder über ein breiteres Spektrum an Fächern verfügten, könnte die Unterrichtsqualität in gewissen Bereichen verbessert, würde die Chancengleichheit bei Stellensuche gewährleistet und könnte der organisatorische Aufwand verringert werden.